



Vor Ort

20. Jahrgang, März 2011



Mehr
Weniger
Nichts

Weitere Parkraumzone 2012 03
Ende für Sanierungsgebiete 04
Keine Kompromisse für K21 08

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe im Fall ihrer Veröffentlichung zu kürzen.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte wird keine Verantwortung übernommen.

Die mit dem Namen des Autors gekennzeichneten Beiträge geben nicht immer die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

Energieberatung Prenzlauer Berg

Schönhauser Allee 63; ☎ 44 04 25 68
www.energieberatung-pb.de
Email: info@energieberatung-pb.de

Kieztreff Gleimviertel

Kopenhagener Straße 50,
Dienstag und Mittwoch 15 bis 20 Uhr,
Samstag 10 bis 15 Uhr, ☎ 44 12 459,
Email: kieztreff@gleimviertel.de

BSR-Recyclinghof

Prenzlauer Berg: Behmstraße 74
Montag bis Freitag 9 bis 19 Uhr;
Sonnabend 7 bis 14.30 Uhr

Heinersdorf: Asgardstraße 3
Montag bis Mittwoch u. Freitag 7 bis 17
Uhr; Donnerstag 9.30 bis 19.30 Uhr;
Sonnabend 7 bis 15.30 Uhr

»Vor Ort« im Internet

www.vorort-redaktion.de

Hilfe für Ehrenamtsarbeit

Für die Unterstützung ehrenamtlicher Initiativen zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur stehen in Pankow aus Mitteln der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in diesem Jahr wieder 59.000 EUR zur Verfügung. Anträge unter Angabe von Zweck, Art, Umfang, Zeitrahmen und Kosten können bis zum 31. März im Büro des Bezirksbürgermeisters im Rathaus Pankow, Breite Str. 24A, 13187 Berlin eingereicht werden. Besondere Berücksichtigung finden Maßnahmen in Eigenleistung der Antragsteller, die Einrichtungen wie Schulen, Horte, Sportflächen, Kitas, Jugendclubs, Spielplätze, Senioren- und Stadtteilzentren, Nachbarschaftstreffs, Straßen und Plätze sowie Grünflächen betreffen. Gefördert werden Renovierungen, Reparaturarbeiten, Pflanzungen und ähnliche Aktivitäten, für die dann die notwendigen Sachmittel bereitgestellt werden.

Pankower Umweltpreis

Unter dem Motto »Schoener Umgang mit Ressourcen, Mehrfachnutzung, Recycling« loben die Bezirksverordnetenversammlung und das Bezirksamt Pankow den Umweltpreis 2011 aus.

Im Laufe seines Lebens kommt jeder Pankower auf ca. eine Million Kilogramm verbrauchter Rohstoffe. Und er hinterlässt im Durchschnitt 524 Kilogramm Müll im Jahr! Ein sorgsamer Umgang mit den Ressourcen schützt die Umwelt und sichert die Lebensgrundlagen. Wie gehen wir im Alltag mit vielen Dingen um? Was können wir einsparen, mehrfach verwenden, teilen, weitergeben, gemeinsam nutzen, wiederverwerten, verschenken, reparieren, neu entdecken? Die besten Antworten werden im Rahmen des Umweltpreises prämiert. Aufgerufen sind Bürgerinnen und Bürger, Firmen, Schulklassen, Gruppen aus Kindertagesstätten oder Jugend-

freizeiteinrichtungen, sich mit entsprechenden Projekten, Ideen oder Aktionen zu beteiligen. Die Unterlagen können bis zum 9. Mai im Büro der BVV, Fröbelstraße 17, eingereicht werden. Eine Jury trifft die Entscheidung über die Verleihung des Umweltpreises 2011, der mit einer Gesamtsumme von 3.000 EUR dotiert ist. Weitere Informationen unter ☎ 90 29 55 002 und im Internet unter www.berlin.de/pankow. Die Preisverleihung findet am 16. Juni 2011 statt.

Neue Gedenktafel

Nach starken Beschädigungen durch Unbekannte wurde jetzt die 2005 am Wasserturm aufgestellte Gedenktafel nach einem Beschluss der BVV erneuert. Die Tafel erinnert daran, dass sich auf dem Gelände des Platzes von März bis Juni 1935 eines der ersten Konzentrationslager befand, in das politische Gegner von der SA verschleppt und dort verhört und gefoltert wurden. Die Kosten betragen 900 EUR.

aus: kojote-magazin.de

Ausschreitungen nach Spielplatzräumung

Bei der Räumung eines Spielplatzes ist es in Prenzlauer Berg zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Gegen 17 Uhr hatte eine Tagesmutter sechs Kinder aufgefördert, den Spielplatz an der Jack-Wolfskin-Straße zu verlassen, da es bereits dunkel wurde. Die Kleinkinder bestanden jedoch darauf, ihr Spiel-

projekt fortzusetzen und verschanzten sich auf der Kletterburg. Das Ausweichangebot der Erzieherin, auf dem Heimweg Müsliriegel zu kaufen, lehnten die Kinder als »völlig unangemessen« ab. Den herbeigerufenen Eltern gelang es schließlich unter Einsatz von Räumbuggys, die Kinder vom Spielplatz zu holen. Während der umstrittenen Aktion solidarisierten sich die Insassen eines nahegelegenen Kinderladens mit ihren Al-

tersgenossen, es flogen Sandklumpen und Holzklötzchen. Wenig später warfen Unbekannte in der Wellensteynstraße ein Bobbycar um, in der Dornfelder Allee wurde ein Laternenmast mit Wachsmalstiften beschmiert. An der Räumung waren Eltern aus fünf Bundesländern beteiligt.

aufgelesen
aufgelesen

Zonen mit Zuwachs

Bezirk prüft Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung **Von Hartmut Seefeld**

Der Bürger Vladimir Balzer war Anfang des Jahres Gast im Verkehrsausschuss der BVV. Dort verkündete er mit Nachdruck, dass er gern in einer Zone wohnen würde. Gemeinsam mit anderen Mitstreitern hatte er über 300 Unterschriften gesammelt von Menschen, die auch alle gern in einer Zone ihr Zuhause haben möchten. Balzer wohnt im Bötzowviertel, und von dort schauen die Anwohner offenbar sehr sehnsuchtsvoll auf die Quartiere jenseits der Greifswalder Straße, dorthin, wo seit Oktober vergangenen Jahres Parkzonen eingerichtet wurden und Nichtanwohner Geld in Parkscheinautomaten werfen müssen, um dort unbehellig ihr Auto abzustellen. Seitdem herrsche, so Balzer, »absolutes Chaos« in seinem Wohngebiet, wo automobiler Anwohner kaum mehr eine Chance auf einen Stellplatz haben. Bestätigt werden diese subjektiven Eindrücke durch ein Gutachten des Planungsbüros LK argus, welches in weiten Teilen des Kiezes einen Parkdruck von über 100 Prozent diagnostiziert hat. Gerade in den Abend- und Nachtstunden ist dort nahezu jede Kreuzung zugedehnt, stehen Fahrzeuge auf dem Bürgersteig und in Einfahrten und

manchmal auch in zweiter Reihe. Um da Abhilfe zu schaffen, haben einige Bötzow-Bürger mit Hilfe des Grünenverordneten Cornelius Bechtler am 2. Dezember in der BVV den Antrag gestellt, auch im Bötzowviertel Parkraumbewirtschaftung einzuführen. Dabei soll der Kiez Teil der am Kollwitzplatz und im Winsviertel bestehenden Zone 42 werden. Man hatte es sehr eilig, als schnellstmöglichen Realisierungstermin bestimmten die Antragsteller den 1. Januar 2011. Das irritierte neben dem Rest der Bezirksverordneten auch den Stadtrat für Öffentliche Ordnung, Jens Holger Kirchner, ein wenig. »Es gibt ein zwischen Bezirksamt und BVV fest verabredetes Verfahren zur Prüfung und Festlegung von Parkraumbewirtschaftungszonen, da geht nichts einfach mal hopplahopp«, meint der Stadtrat. Ohnehin will man auch die Gebiete um Arnimplatz und Humannplatz sowie das Wohngebiet Grüne Stadt nördlich vom Bötzowviertel mit ins Bewirtschaftungsboot holen. Das wären gut und gerne 10.000 Stellplätze. Dafür sind, so erste Berechnungen, 350 Parkscheinautomaten notwendig und bis zu 80 neue Mitarbeiter einzustellen. Ein bisschen sehr viel für

eine Entscheidungsfrist »zwischen den Jahren«. Einem Anliegen der Antragsteller hat Kirchner schon gleich eine Absage erteilt: »Bötzowviertel und Grüne Stadt werden bei positivem Befund eine eigene Parkzone bilden«. Realistischer Termin für die Einführung der Parkraumbewirtschaftung ist in den Augen von Bezirksverordneten und Stadtrat das April 2012.

Minus am Automaten

Die nunmehr etwas großzügig anmutende Zeitspanne hat womöglich auch noch einen anderen Hintergrund als ein verabredetes Verfahren. »Wir haben bei den Einnahmen in den Parkraumbewirtschaftungszonen noch nicht die Werte erreicht, die im Wirtschaftsplan stehen«, warnte Kirchner die Bezirksverordneten bei besagter Ausschuss-Sitzung im Januar. Bei Beginn der Parkraumbewirtschaftung fehlten zahllose Parkscheinautomaten wegen Lieferproblemen der Herstellerfirma, so dass im Oktober nur 89.000 EUR eingenommen wurden. Im November klingelten dann zwar schon 234.000 EUR in der Kasse, aber im Dezember sank die Zahl wegen starken Schneefalls auf 175.000 EUR. An Schnee und fehlender Technik lag es dann aber nicht, als im Januar nur noch 161.000 EUR in den Automaten eingesammelt wurden. Eingedenk der Tatsache, dass im Wirtschaftsplan jährlich 4,8 Millionen EUR auf der Einnahmeseite bei den Parkautomaten vorgesehen sind, das wären 400.000 EUR/Monat, liegt die Parkraumbewirtschaftung derzeit in einem satten Minus. Woher das Geld kommen soll, um diese Differenz auszugleichen, vermag im mit 28 Millionen EUR verschuldeten Bezirk derzeit niemand so recht zu sagen.

Kirchner und auch etliche der Bezirksverordneten sind sich durchaus bewusst, dass es schwierig wird, weitere Parkraumzonen auszuweisen, wenn die bestehenden Zonen anhaltend Verluste produzieren. »Überwindbare Anlaufschwierigkeiten«, signalisieren erfahrene Parkzonenbetreiber wie Mitte und Charlottenburg-Wilmersdorf den Pankower Eleven. Deren Worte in Gottes Ohr, möchte man meinen.



©Hartmut Seefeld

Es ist eng geworden auf den Straßen des Bötzowviertels, so wie hier auf der Käthe-Niederkirchner-Straße.

Bezirk hat eigene Hoheit

Wolf Schulgen: »Im ehemaligen Westteil der Stadt liegt der neue Schwerpunkt der Stadterneuerung«.

Die Berliner Landesregierung hatte angekündigt, 2011 weitere Sanierungsgebiete in der Stadt aufzuheben. Welche Gebiete sind betroffen und wann wird es den entsprechenden Senatsbeschluss geben?

Der Senatsbeschluss zur Aufhebung weiterer Sanierungsgebiete erfolgt aller Voraussicht nach im April. Davon betroffen sein werden die Gebiete Winsstraße und Bötzowstraße in Prenzlauer Berg, Wollankstraße in Pankow sowie Warschauer Straße in Friedrichshain. Im Jahre 2012 soll dann noch der Aufhebungsbeschluss für die Gebiete Teutoburger Platz und Helmholtzplatz in Prenzlauer Berg sowie Niederschöneweide in Treptow gefasst werden.

Werden in Berlin neue Sanierungsgebiete ausgewiesen?

In den nächsten zwei Monaten wird der Senat auch eine Verordnung über neue Sanierungsgebiete in der Stadt erlassen. In dieser ersten Stufe werden es sieben Quartiere sein. Mit Ausnahme der Gebiete Frankfurter Allee Nord in Lichtenberg und nördliche Luisenstadt in Mitte liegen alle anderen künftigen Sanierungsgebiete im ehemaligen Westteil der Stadt. Dort liegt auch der neue Schwerpunkt in der Stadterneuerung. Aus dem Bezirk Pankow ist kein Quartier dabei. Allerdings wurde das Wohnquartier am Humannplatz im Norden von Prenzlauer Berg kürzlich als Fördergebiet für das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz ausgewiesen. Außerdem werden große Teile von Prenzlauer Berg weiterhin als Stadtumbaugebiet erfasst.

Bis 2001 wurden in den Sanierungsgebieten im Rahmen des Programms Soziale Stadterneuerung auch Wohnungen mit Fördergeldern instandgesetzt und modernisiert. Im Gegenzug mussten sich die Eigentümer verpflichten, bestimmte Miethöhen anzuerkennen und Belegungsrechte an die Bezirke abzutreten. Es sind Verpflichtun-

Zur Person



Wolf Schulgen (61); Leiter der Abteilung Wohnungswesen, Stadterneuerung und Soziale Stadt in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung; geboren in Fritzlär (Hessen), Studium der Volkswirtschaftslehre in Mannheim, nach Abschluss als Diplom-Volkswirt Assistent an der Fernuniversität Hagen; seit 1977 in Berlin, parlamentarischer Referent für Wirtschaft, Bauen und Finanzen im Abgeordnetenhaus; 1989 bis 1998 leitende Positionen in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, anschließend bis Ende 2000 Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen; seit Ende 2000 Abteilungsleiter in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.

gen, die teilweise noch bis 2029 wirksam sind. Wie soll die Kontrolle dieser Miet- und Belegungsbindung nach der Aufhebung der Sanierungsgebiete erfolgen?

Ausschließlich der Bezirk kann die Belegungsbindung bei diesen Wohnungen in Anwendung bringen. In den ersten drei Jahren nach Aufhebung des Sanierungsgebiets, den sogenannten Nachlaufzeiten, erfährt er in der Kontrolle auch die Unterstützung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Für die anschließende Zukunft aber muss er diese Aufgabe über sein Wohnungsamt selbst erfüllen. In diese Obliegenheit wird sich die Landesregierung nicht einmischen. Die Belegungsrechte sind für den Bezirk sehr wertvoll, und so wird er eigenverantwortlich diese im

Interesse seiner dafür berechtigten Mieter wahrnehmen.

Mit der Aufhebung der Sanierungsgebiete einher geht auch die Erhebung von Ausgleichbeträgen. Immobilienbesitzer müssen für die öffentliche Aufwertung des Umfeldes eine Abgabe entrichten. Während bei geförderten Immobilien eine Stundung bis zum Ende der Förderzeit möglich ist, werden Privatmodernisierer spätestens ab dem Aufhebungsbeschluss mit der Zahlung konfrontiert. Viele Eigentümer haben jedoch ein großes Interesse an einer vorzeitigen Ablöse. Wie verhält sich Ihre Abteilung dazu?

Sowohl die Bezirke als auch der Senat haben ein Interesse daran, dass die Finanzierungsbeiträge der Privaten zu den Maßnahmen der Städtebauförderung auch wirklich erhoben werden. Aus diesem Grund unterstützen wir nach Aufhebung der Gebiete die Sanierungsbeauftragten und Bezirke bei der Erarbeitung der Bescheide. Es ist in der Tat am besten, wenn von den Eigentümern diese Ausgleichabgabe zu einem Zeitpunkt geleistet wird, zu dem das Quartier noch als Sanierungsgebiet ausgewiesen ist. Darauf sollten die Bezirke hinwirken. In diesem Fall kann das eingenommene Geld wieder unmittelbar in die weitere Aufwertung der Infrastruktur in dem Gebiet reinvestiert werden. Erfolgen Bescheide und Zahlungen nach Aufhebung des Sanierungsgebiets, wird das Geld in Abstimmung bzw. nach Zustimmung meiner Behörde in den weiterhin bestehenden Sanierungsgebieten zur Finanzierung der Sanierungsziele eingesetzt. Da es im Bezirk Pankow ab 2013 aller Voraussicht nach kein Sanierungsgebiet mehr gibt, fließt dieses Geld in andere Bezirke.

Nicht zuletzt aus diesem Grund haben auch Eigentümer von Förderimmobilien ein Interesse an der vorzeitigen Ablöse. Die Bedingungen etwa zur Abzinsung des Betrags werden jedoch von jedem Bezirk unterschiedlich gehandhabt. Gibt es Bestrebungen, für diesen Fall Einheitlichkeit auf der Landesebene herzustellen?

Die Abwägung, wie man damit umgeht und was verantwortbar ist, wird durch den Bezirk im Einzelfall getroffen. Wenn ich als Bezirk jemanden jahrelang eine zinslose Stundung ermöglichen muss, muss ich sehen, ob ich

auch Bargeldabschläge machen kann. Das muss dann korrekt berechnet und begründet werden.

Es ist fast 18 Jahre her, seit in Prenzlauer Berg die ersten Sanierungsgebiete ausgewiesen wurden. Mittlerweile ist eine zweite Sanierungswelle in diesen Quartieren zu beobachten, mit Aufzugseinbauten und Klimaschutzinvestitionen, wodurch die Mieten weiter in die Höhe getrieben werden. Wie bewertet die Landesregierung diese Entwicklung?

Auch hier müssen wir unterscheiden zwischen Häusern, deren Sanierung im Rahmen des Programms Soziale Stadterneuerung gefördert wurde und freifinanzierter Modernisierung. Bei ersteren müssen die Eigentümer bei ihren Mietern eine Zustimmungquote von 75 Prozent erreichen, um weitere Modernisierungsmaßnahmen mit Auswirkungen auf die Nettokaltmiete umsetzen zu können. Allerdings befinden sich diese Gebäude in der Regel in einem Zustand, der nachfolgende Modernisierungen nicht zwingend macht. Deshalb ist es falsch, hier von einer zweiten Sanierungswelle zu sprechen. Etwas anders ist die Situation bei privatmodernisierten Häusern, da ist die Möglichkeit einer Einflussnahme unsererseits gering, wie aber auch die Spielräume für eine nochmalige Modernisierung meist gering sind.

Ist eine Milieuschutzsatzung nach Aufhebung eines Sanierungsgebiets hilfreich, um eine zweite Modernisierungswelle zu vermeiden?

In Berlin haben die Bezirke die Möglichkeit, in eigener Verantwortung solche Milieuschutzsatzungen zu verabschieden. Dabei müssen sie natürlich auch die Angemessenheit einer solchen Entscheidung berücksichtigen. Es wird auf keinen Fall generelle Lösungen seitens des Senats geben.

Als eine besondere Form des Milieuschutzes kann auch eine Umstrukturierungssatzung betrachtet werden. Zum Teil schon der Aufstellungsbeschluss für eine solche Satzung durch das Bezirksamt hat in Prenzlauer Berg drei sehr verschiedene Eigentümer von Wohnanlagen dazu bewogen, für die Mieter Sozialplanverfahren durchzuführen und bei sozialschwachen Mietern die Mieterhöhung nach Modernisierung zu deckeln. Welche Position bezieht die Senatsverwaltung zu diesem Vorgehen?

Eine Umstrukturierungssatzung ist eine Maßnahme, die das Baugesetzbuch im Paragraphen 172 grundsätzlich vorsieht und die im begründeten Einzelfall auch zur Anwendung kommen kann. Wir werden den Bezirken aber nicht vorgeben, ob sie einen solchen Weg zu beschreiten haben. Kern der Umstrukturierungssatzung ist, darauf möchte ich ausdrücklich verweisen, die Einflussnahme auf einen Umgestaltungsprozess, nicht dessen Verhinderung. Im Gegensatz zur Erhaltungssatzung, wo im Grunde



© Alexej Brykowski

Prenzlauer Berg ist auch in Zukunft Baustelle.

der Status quo bewahrt werden soll. Auch steht der einzelne Mieter nicht im Mittelpunkt bei einer Umstrukturierungssatzung. Anwendbar erscheint mir solch eine Satzung besonders in Quartieren mit einer homogenen Eigentümerschaft.

Kein Bezirk hat bis heute in dieser Frage den Kontakt zu uns gesucht, um sich abzustimmen, auch nicht Pankow. Es ist in jedem Fall mit Angemessenheit und Augenmaß zu agieren, auch in Verantwortung vor den Rechtsfolgen. Je mehr man eine solche Maßnahme überzieht, desto nachhaltiger kann sich auch der Widerstand dagegen entwickeln, mit der Folge, dass, wie schon bei den Mietobergrenzen, juristisch erfolg-

reich dagegen vorgegangen wird. Seitens der bis jetzt betroffenen Eigentümer ist beim Senat jedoch kein Widerspruch eingegangen.

Um den Status quo eines Wohngebiets zu erhalten, kann der Bezirk eine Erhaltungssatzung beschließen. In Pankow ist jetzt der Aufstellungsbeschluss für eine solche Satzung gefasst worden, der lediglich für ein halbes Karree gilt. Ist die Größenordnung egal?

Je kleiner der Geltungsbereich für ein solches Instrument ist, desto angreifbarer macht man sich. Man muss immer im Auge haben, dass es auch wirklich eine Gebietsfestlegung ist. Tendenziell sehe ich bei kleinteiligen Lösungen Probleme, weil Erhaltungssatzungen ja nicht den Einzeleigentümer benachteiligen, sondern bestimmte Gebiete schützen sollen.

Schutz brauchen oft auch Mieter in Eigentumswohnungen vor Eigenbedarfskündigungen. Im August dieses Jahres läuft die Sonderregel eines siebenjährigen Kündigungsschutzes vor Eigenbedarf nach Umwandlung aus, die in vier Bezirken, darunter in Pankow, zur Anwendung kommt. Wird es eine Nachfolgeregelung geben?

Ja. Allerdings werden die Geltungsbereiche neu definiert. Es hat sich unseres Erachtens nicht bewährt, derartige Festlegungen bezirkweise zu treffen. Der Bedarf ist innerhalb eines Bezirks sehr unterschiedlich. Während er zum Beispiel in weiten Teilen von Prenzlauer Berg groß ist, sind derartige Einschnitte im Norden Pankows nicht vertretbar. Wir werden in Kürze eine Entscheidungsvorlage präsentieren, die sich diesmal auf die Ebene der »Prognoseräume« bezieht. Das sind vom Amt für Statistik lebensweltlich festgelegte Räume. Ganz Berlin ist in insgesamt 60 Prognoseräume aufgeteilt, sieben davon liegen im Bezirk Pankow. Auch die neue Regelung soll einen Kündigungsschutz bis zu sieben Jahren enthalten. Diese Frist scheint sowohl auf Mieter- wie auf Vermieterseite akzeptiert zu sein. In den wenigen Fällen, in denen in der Vergangenheit dagegen geklagt wurde, haben wir Recht bekommen, was uns darin bestärkt, dass die Siebenjahresregelung auch sachgerecht war. Das Gespräch führte Hartmut Seefeld.

Ansturm auf Wohnungen

Von Sylvia Hoehne-Killewald, Geschäftsführerin Mieterberatung Prenzlauer Berg

Immer dienstags von 14 bis 19 Uhr und donnerstags von 10 bis 12 Uhr bietet die Belegungskoordination der Mieterberatung Prenzlauer Berg im Auftrag des Bezirksamts Pankow Sprechstunden für wohnungsuchende Mieter an. Betreut werden von den drei Kolleginnen der Belegungskoordination jene Wohnungen in Prenzlauer Berg, die bis 2001 im Rahmen des Förderprogramms »Soziale Stadterneuerung« umfassend saniert wurden. Für diese Wohnungen besitzt der Bezirk Belegungsrechte, die von der Mieterberatung Prenzlauer Berg koordiniert werden.

Mietpreisgebundene Wohnungen

Zugleich unterliegen diese Wohnungen auch einer Mietpreisbindung, deren Einhaltung gleichfalls von der Mieterberatung kontrolliert wird. Da die Miete für diese Wohnungen im Vergleich zu vielen freifinanzierten Wohnungen niedriger ist und auch die Mieterhöhungen genau geregelt sind, gibt es eine große Nachfrage. Außerordentlich viele Mieter kommen in die Sprechstunde der Belegungskoordination auf der Suche nach freigewordenen Wohnungen aus diesem Segment. Besonders in letzter Zeit ist das Interesse an diesen Wohnungen rapide gestiegen. Seit Januar dieses Jahres haben bereits 161 Mieter auf der Suche nach einer neuen Wohnung die Koordinierungsstelle aufgesucht. Auffällig ist der hohe Anteil von jungen Leuten, Alleinerziehenden und Hartz-IV-Empfängern. Grundsätzlich finden nur jene Interessenten Berücksichtigung, die entweder Sanierungsbetroffene oder im Besitz eines Wohnberechtigungsscheins (WBS) sind. In jedem Fall müssen sie ihren Wohnsitz bereits im Bezirk Pankow haben.

Alltag in der Koordination

Auch wenn die Sprechstunde formell um 14 Uhr bzw. um 10 Uhr beginnt, so

geht es oft schon eine halbe Stunde früher los. Im Wartebereich in der Lettestraße 5 drängen sich dann dicht an dicht die Wohnungsuchenden. Jeder von ihnen hat einen anderen Anlass, einen anderen sozialen Hintergrund, ein eigenes Motiv für seinen Besuch. Nachfolgend einige Beispiele aus einer einzigen Sprechstunde im Februar:

Behindertengerechte Wohnung

Ein etwa 40-Jähriger Mann lebt mit seiner Lebensgefährtin und deren zwei Kindern in einer Zwei-Zimmer-Wohnung im Sanierungsgebiet Teutoburger Platz. Da auch er ein Kind aus einer früheren Beziehung hat, benötigt die Familie dringend eine Vier-Zimmer-Wohnung. Die neue Wohnung muss außerdem behindertengerecht ausgestattet sein. Obwohl der Mieter die Voraussetzungen für eine solche Wohnung erfüllte, konnte kein Angebot mit diesen Kriterien unterbreitet werden, weil im Moment keine behindertengerechte Wohnung zur Verfügung steht. Er wird jedoch umgehend informiert, wenn die Belegungskoordination eine geförderte behindertengerechte Wohnung frei gemeldet bekommt. Desweiteren wurden weitere Kontaktadressen vermittelt.

Ende eines Untermietverhältnisses

Ein junger Mann um die 30 gibt an, Untermieter in einem Haus in der Stargarder Straße im Sanierungsgebiet Helmholtzplatz zu sein. Er suche dringend eine Wohnung, da er vom Eigentümer aufgefordert wurde auszuziehen weil ein nicht genehmigtes Untermietsverhältnis bestehe. Außerdem habe er sich mit dem Hauptmieter zerstritten. Da der junge Mann einen Wohnberechtigungsschein hat, wurden ihm zwei Wohnungen angeboten, die beide zum 1. März bezugfertig sind. Eine Wohnung liegt in der Straßburger Straße im ehemali-

gen Sanierungsgebiet Kollwitzplatz, die andere in der Greifenhagener Straße im Sanierungsgebiet Helmholtzplatz.

Raus aus »Hotel Mama«

Eine 32-Jährige Studentin wohnte in der Mitte in einer Wohngemeinschaft. Aufgrund von Streitigkeiten innerhalb der Wohngemeinschaft ist sie in den Haushalt ihrer Mutter am Humannplatz zurückgezogen. Nun sucht sie dringend eine Zwei-Zimmer-Wohnung, da sie auf Dauer nicht bei ihrer Mutter wohnen kann. Da auch diese Mieterin einen Wohnberechtigungsschein hat, wurde ihr eine Wohnung in der Pappelallee im Sanierungsgebiet Helmholtzplatz angeboten.

Rückkehr in die Freiheit

Schwieriger ist die Situation bei einem anderen jungen Mann, der nach einer Haftentlassung zunächst bei einem Freund in einer Ein-Zimmer-Wohnung am Helmholtzplatz untergekommen ist. Auch er sucht nun dringend eine eigene Ein-Zimmer-Wohnung. In diesem Fall kommt es zusätzlich darauf an, inwieweit ein Eigentümer oder eine Hausverwaltung bereit sind, dem jungen Mann einen Mietvertrag zu geben. Da er im Besitz eines Wohnberechtigungsscheins ist und auch von einer Schuldnerberatung betreut wird, stehen die Aussichten für eine Vermittlung nicht allzu schlecht.

Priorität für Härtefälle

In regelmäßigen Konsultationen zwischen Vertretern des Bezirksamts und der Mieterberatung Prenzlauer Berg werden immer wieder besonders dringliche Fälle angesprochen und abgestimmt. Dabei wird auch eine Prioritätenliste erarbeitet, welcher Härtefallmieter bei der Versorgung zuerst zu berücksichtigen ist. Derzeit verfügt der Bezirk über die Belegungsrechte für rund 7.000 öffentlich geförderte Wohnungen, von denen im Monat ca. 60 bis 70 frei gemeldet werden und somit für eine neue Vergabe zur Verfügung stehen.

Nachlese im Bötzowviertel

Nicht realisierte Sanierungsziele werden später umgesetzt Von Albrecht Molle

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hält an ihrer Absicht fest, das Ende 1995 festgelegte Sanierungsgebiet Bötzowstraße im südöstlichen Teil von Prenzlauer Berg im April aufzuheben. Ein Antrag des Bezirksamts Pankow, die Geltungsdauer der Sanierungssatzung in diesem inzwischen dicht bebauten Gründerzeitquartier angesichts noch nicht erreichter wichtiger Ziele im Bereich der sozialen Infrastruktur zu verlängern, war bereits vor Jahresfrist abgelehnt worden. Unter der Gebietsbevölkerung, die in den letzten 15 Jahren von 5.000 auf über 6.100 angewachsen ist und einen deutlich höheren Anteil an jungen Familien verzeichnet, ist dies auf umso größeres Unverständnis gestoßen, als die Senatsbehörde schon 2010 entschieden hatte, den Sanierungszeitraum für die Gebiete Helmholtzplatz und Teutoburger Platz um zwei Jahre und für das Gebiet Winsstraße um ein Jahr zu strecken.

Im Sanierungsbeirat Prenzlauer Berg, in dem auch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung vertreten ist, hat die Betroffenenvertretung Bötzowstraße als gewählte Interessenvertreterin der Gebietsbewohner mehrmals darauf verwiesen, dass die zuständigen Ämter dringliche, schon zu Beginn der Sanierung festgelegte Ziele wie die Einrichtung einer Jugendfreizeitstätte und den Bau zweier Schulsporthallen bislang nicht umgesetzt haben. Der angestaute Verdruss darüber machte sich am 8. Februar im Verlauf einer Einwohnerversammlung Luft, zu der die Betroffenenvertretung in die Aula der Kurt-Schwitters-Oberschule eingeladen hatte und an der auch der Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Michail Nelken, die in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung für Prenzlauer Berg zuständige Referentin Anke Heutling sowie Mitarbeiterinnen der S.T.E.R.N. GmbH teilnahmen. Bislang, so Nelken, habe das Land Berlin ca. 14 Millionen EUR in den Ausbau der

sozialen Infrastruktur des Gebiets investiert. Damit seien u. a. Kitaplätze sowie öffentliche Grün- und Spielflächen geschaffen, Schulgebäude saniert, Straßen und Gehwege repariert sowie Kreuzungsumbauten finanziert worden. Weitere Millionenbeträge seien über den Sanierungszeitraum hinaus in den nächsten zwei bis drei Jahren für die noch ausstehende

»Stadtumbau Ost« auf dem Grundstück Pasteurstraße 22 errichtet, das jetzt vom Land Berlin erworben wird. Geplant sind außerdem weitere Straßenbaumaßnahmen, Gehwegerneuerungen und Kreuzungsumbauten, die in der vom Senat zu beschließenden Aufhebungsverordnung festgeschrieben werden sollen.

Dagegen, so Stadtrat Nelken, werde der schon von Beginn an geplante Turnhallenneubau für die Kurt-Schwitters-Oberschule, der nicht mehr mit Sanierungsmitteln finanziert werden kann, sondern bezirkliche Investitionen erfordert, weiter auf sich warten lassen, obwohl sich das



©Hartmut Seefeld

Eine Baugruppe will auf dem Kaufhallengrundstück in der Pasteurstraße einen Wohnkomplex mit Supermarkt errichten.

Realisierung weiterer dringlicher Vorhaben vorgesehen. Zu den in diesem Kontext bereits laufenden Projekten zählt der Neubau einer Sporthalle in der Dietrich-Bonhoeffer-Straße 6-9, die Anlage eines Spielplatzes und einer Schulsportfläche in der Dietrich-Bonhoeffer-Straße 22-27, die Sanierung des Schulgebäudes der Kurt-Schwitters-Schule in der Bötzowstraße 11 sowie des Schulhofs in der Greifswalder Straße 25 und -sehr zur Freude der jugendlichen Versammlungsteilnehmer- auch der Bau der schon lange geplanten Jugendfreizeiteinrichtung. Wie Anke Heutling bestätigte, wird sie 2012/13 mit Mitteln aus dem Förderprogramm

dafür vorgesehene, direkt an die Schule grenzende Grundstück auf dem Gelände der ehemaligen Brauerei Schneider bereits seit mehr als fünf Jahren in kommunalem Besitz befindet. In einer Resolution, die zum Abschluss der Versammlung bei nur einer Gegenstimme angenommen wurde und die inzwischen dem Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses vorliegt, werden angesichts der trüben Erfahrungen der letzten Jahre nun verbindliche Festlegungen zum Umfang und den Realisierungsterminen der Maßnahmen gefordert, die erst für die Zeit nach Aufhebung der Sanierungssatzung vorgesehen sind.

BVG mit Baustellen

Erneut Ersatzverkehr an der U2 in Prenzlauer Berg **Von Hartmut Seefeld**

Entgegen ursprünglichen Versicherungen wird die BVG im Sommer erneut einen Schienenersatzverkehr für die U2 in Prenzlauer Berg einrichten. »Wir werden in diesem Jahr ein elektronisches Stellwerk für den Abschnitt Senefelderplatz bis Vinetastraße in Betrieb nehmen. Dazu ist es notwendig, im Spätsommer für ca. drei Monate montags bis donnerstags ab 22 Uhr den U-Bahnverkehr einzustellen«, erklärte der Bereichsleiter Infrastruktur der BVG, Ralf Baumann. Der morgendliche Betriebsbeginn erfolge jedoch weiterhin nach Fahrplan. Das Unternehmen wird für die Nachtstunden wieder einen Schienenersatzverkehr mit Bussen einrichten. Auch die Straßenbahn M1 bleibt in Betrieb. Ohne Beeinträchtigung des öffentlichen Nahverkehrs wird die BVG in diesem Jahr den gesamten Straßenraum unter dem Magistratsschirm sanieren und mit Lampen ausstatten. Auch der Imbiss Konnopke wird voraussichtlich im Mai mit einem neuen Kiosk an seinen Stammpplatz unter der Hochbahn zurückkehren. Aufwändiger als gedacht gestaltet sich derzeit die Tunnelabdichtung am Bahnhof Vinetastraße im Bereich der Straßenbahnhaltestelle, die ebenfalls in diesem Jahr noch abgeschlossen werden soll. Im Rahmen dieser Arbeiten wird dort auch ein Fahrstuhl eingebaut. Damit wären dann alle fünf U-Bahnhöfe im Bezirk behindertengerecht zugänglich.

In diesem Jahr erfolgt nach langen Verzögerungen auch der Baubeginn für die Verlängerung der Straßenbahntrasse von der Invalidenstraße in Mitte zum Hauptbahnhof. Ab 2013 wird dann unter anderem auch die heutige M10, die derzeit am Nordbahnhof endet, bis zum Hauptbahnhof weitergeführt. Damit bekommt Prenzlauer Berg eine direkte Anbindung an diesen zentralen Verkehrsknotenpunkt.



©Hartmut Seefeld

Drei Menschen, drei Meinungen. Martina Schneider (ADFC) argumentierte bei der Podiumsdiskussion am 8. Februar pro Umbau, Matthias Aberle (r.) (BI Wasserturm), dagegen und Severin Höhmann (SPD) suchte verzweifelt den Kompromiss.

Fehlende martialische Töne

Bauarbeiten in der Kastanienallee werden jetzt fortgesetzt **Von H. Seefeld**

In der Kastanienallee gibt es seit Ende November vor dem Haus Nummer 71 eine Baugrube. Auf einer Länge von 41 Metern lassen dort die Berliner Wasserbetriebe eine 100 mm starke Trinkwasserleitung gegen eine doppelt so starke austauschen. »Es ist eine eher poplige Baustelle«, meint der Sprecher der Wasserbetriebe, Stephan Natz. Für andere hat die Baugrube jedoch Signalcharakter. Von verletzter Würde ist die Rede, von Missachtung der Bürgerinteressen, von vertrackten Gemengelagen. Denn das unumstrittene Tun der Leitungsleger ist der Auftakt für eine der umstrittensten Baumaßnahmen in Berlin – den Umbau der Kastanienallee für 1,5 Millionen EUR. Nur dem Wintereinbruch war es zu verdanken, dass dort nach wenigen Tagen die Arbeiten gleich wieder ruhten. »In der ersten Märzwoche«, so Natz, »wird es aber weitergehen«. Ein etwas unglücklicher Termin. Denn am 2. März gibt es in der BVV Anträge von gleich zwei Initiativen, nochmals die Bürger zu befragen. Es kann eine heftige Debatte geben, wobei wenig dafür spricht, dass die Mehrheit der Verordneten ihren eigenen Beschluss

von 2009 revidiert. Kosten in sechsstelliger Höhe müsse das Bezirksamt berappen, wenn der Umbau zum Erliegen käme, rechnet zum Beispiel der SPD-Verordnete Klaus Mindrup vor. Sollte der Vorstoß in der BVV scheitern, wollen einige Umbaugegner mit einem Bürgerbegehren die »Aufhübschung« der Straße ausbremsen. Doch bei diesem Gedanken ist Till Harter, Sprecher von »Stoppt K21«, gar nicht wohl. »Das Interesse in Buch oder Blankenburg dürfte sehr gering ausfallen, da wird es schwer, auf die notwendige Stimmenzahl zu kommen«, prognostiziert er auf einer ergebnisfreien SPD-Podiumsdiskussion in der GLS-Schule. Eine Anwohnerbefragung wäre ihm lieber. Allein, die Kastanienallee ist keine Privatstraße.

Zumindest temporär hat selbst so mancher Umbaugegner auf das Durchsetzungsvermögen von BVV und Bezirksamt gesetzt, denn in dem Fall, so hieß es beharrlich, würde Rammstein ein Solidaritätskonzert auf der Kreuzung Oderberger geben. »Rammstein?«, fragte nun jedoch Harter auf dem SPD-Podium verdutzt, »ich möchte gern wissen, wer so ein Gerücht in die Welt gesetzt hat.«

Ohne eigenem Auto

Flächendeckende Einführung von Carsharing steht bevor Von Hartmut Seefeld

Das ist eine klare Ansage: »Ab März kommt das Carsharing umfassend nach Prenzlauer Berg«, sagt der Stadtrat für Öffentlich Ordnung, Jens-Holger Kirchner im Gespräch mit »Vor Ort«. Insgesamt 84 Stellplätze an 36 Standorten wird das Bezirksamt aller Voraussicht nach im öffentlichen Straßenland ausweisen (siehe Schlaustelle). Die Verteilung ist außerordentlich einseitig, 34 Standorte befinden sich in Prenzlauer Berg, zwei in Alt-Pankow und keiner in Weißensee. Damit wird im Wesentlichen den Vorstellungen der fünf Anbieter –Greenwheels, Sixt, DB Rent, Cambio und Stadtmobil– entsprochen, die vor allem im südlichsten Ortsteil des Bezirks gute Geschäfte für ihr besonderes Mobilitätsangebot wittern. Da stört dann auch nicht, dass die fünf Unternehmen zunächst gezwungen waren, eine gemeinsame Arbeitsgemeinschaft zu gründen, die in Verhandlungen mit dem Bezirk die nunmehr gefundene Lösung vereinbarte. »Es ist nicht möglich, einem einzelnen Unternehmen die unentgeltliche Sondernutzung des Straßenlandes zu erlauben, wer welchen Standort nutzt, das müssen die Firmen unter sich ausmachen«, meint Kirchner. Diese Einigung hat dann unter den Wettbewerbern auch einige Zeit gedauert. Ursprünglich sollte mit der Einführung der Parkraumbewirtschaftung im vergangenen Jahr das Carsharing als Großangebot im Bezirk Einzug halten.

Während automobile Individualisten sich bei der Parkplatzsuche bald verstärkt die Haare raufen werden, weil in Prenzlauer Berg dann weitere öffentliche Stellplätze im Straßenland nicht mehr für sie zur Verfügung stehen, dürfen sich sporadische Autonutzer ohne ein eigenes Fahrzeug freuen. In der Regel fußläufig von jeder Wohnung erreichbar, wird in den kommenden Wochen ein dichtes Netz von Carsharing-Stationen gespannt, das in dieser Form in Berlin einmalig ist. Doch trotz aller

Bemühungen von Bezirksamt und BVV, durch die Maßgabe, nie mehr als drei Stellplätze und weniger als zwei Stellplätze je Standort zu genehmigen und damit ein wenig Verteilungsgerechtigkeit zumindest in Prenzlauer Berg walten zu lassen, haben sich einige besondere Ballungszentren für Carsharing herauskristallisiert. Ein offenbar begehrter Standort ist zum

zen. Für das gewaltige Wohngebiet rings um den Arnimplatz haben die Carsharing-Scouts nur einen einzigen Standort mit zwei Stellplätzen in der Driesener Straße vorgesehen. Dass da noch aufgestockt werden wird, ist eigentlich schon absehbar. Das kann dann aber auch durch ganz andere Carsharing-Anbieter, wie zum Beispiel durch Car2go, eine Kooperation vom Daimler und Europcar, oder den Anbieter Mu des Autoherstellers Peugeot erfolgen.

Laut Financial Times Deutschland hat besonders Daimler große Pläne in diesem Geschäftsfeld. Bei Carsharing werde ein Marktpotenzial

Schlaustelle

Standorte und Zahl der Stellplätze für Carsharing in Prenzlauer Berg:

Kollwitzplatz:

Kollwitzstraße 2-6, 16 (2), (3),
Kollwitzstraße 69 (3)
Kolmarer Straße 7 (3)
Rykestraße/Ecke Danziger Straße (5)
Wörther Straße 25 (2)
Sredzkistraße 2 (2)

Winsviertel:

Winsstraße 10 (2)
Marienburger Straße 13, 26 (3), (2)
Winsstraße 30 II (3)
Heinrich-Roller-Straße 21 (2)
Danziger Straße/Ecke Greifswalder Straße (2)

Bötzowviertel:

Pasteurstraße 13, 31 (2), (2)
Hufelandstraße 27 (3)
Pasteurstraße 13 (2)

Teutoburger Platz:

Christinenstraße/Ecke Fehrbelliner Straße (3)
Oderberger Straße 56 (Stadtbad) (3)
Oderberger Straße 43 (2)
Oderberger Straße 31 (3)

Helmholtzplatz:

Buchholzer Straße 17 (2)
Lychener Straße 2 (2)
Dunckerstraße/Ecke Raumerstraße (2)
Lychener Straße 46 (3)
Stargarder Straße 71-72 (3)
Kanzowstraße 1 (2)

Falkplatz:

Topsstraße 35 (2)
Kopenhagener Straße 1 (3)
Kopenhagener Straße/Ecke Rhinower Straße (2)
Sonnenburger Straße/Ecke Gleimstraße (2)

Sonstige:

Driesener Straße 25 (2)
Erich-Weinert-Straße 29 (2)
Gotlandstraße 2 (2)

Beispiel der Senefelderplatz. Hier, wo laut Eigenwerbung der größte Biolden Europas seine vielbeschriebenen Kunden umsorgt, will auch jede der fünf Carsharing-Firmen präsent sein. Ergo gibt es hier künftig auch fünf Carsharing-Stellplätze. Genau wie in der Oderberger Straße, auch dort entstehen gleich links und rechts der Kreuzung mit der Kastanienallee fünf Stellplätze. Für andere Gegenden in Prenzlauer Berg hält sich das Interesse merkwürdigerweise sehr in Gren-

von einer Milliarde EUR und ein jährlicher Umsatz von 100 Millionen EUR bei zehnpromzentiger Rendite gesehen. Große Träume, denn derzeit sind in ganz Deutschland nur 170.000 Carsharing-Nutzer registriert. Doch schon 2016, so die sehr optimistische Prognose der Beratungsfirma Frost & Sullivan, könne die Zahl bei 1,2 Millionen liegen. Hauptzielgruppe seien vor allem junge Großstädter. Zumindest davon gibt es ja zurzeit eine ganze Menge in Prenzlauer Berg.

Verhärtete Fronten

Gutachten sieht Schutzwürdigkeit für DDR-Wohnanlage Von H. Seefeld

Die Stadtplanerin Christina Lindemann vom Büro WERKSTADT hatte wenig Lust, die Mitglieder des BVV-Ausschusses für Stadtentwicklung am Abend des 10. Februar lange auf die Folter zu spannen. »Wir empfehlen eine Erhaltungsverordnung für die Wohnanlage Belforter Straße«, verkündete sie gleich zum Auftakt ihrer Präsentation. Im November hatte das Bezirksamt einen Aufstellungsbeschluss über den Erlass einer Erhaltungssatzung nach § 172 Abs. 1 Nr. 1 BauGB für drei Gebäude zwischen Metzger und Belforter Straße gefasst, die 1959/60 gebaut wurden. WERKSTADT war damit beauftragt worden, ein Gutachten über die Schutzwürdigkeit zu erstellen. Das Papier bietet zwei zentrale Argumente für eine Erhaltungssatzung. Zum einen sind die Häuser »Zeugnisse für die Überwindung städtebaulicher Prinzipien des 19. Jahrhunderts«, und sie sind »in der Ausprägung als Wohnzeilen mit in den öffentlichen Raum wirkenden Freiflächen einzigartig in Prenzlauer Berg«. Das kam bei der Mehrheit der Verordneten gut an, und so soll in diesem Sommer die Verordnung rechtskräftig erlassen werden. Damit wären die Pläne des Projektentwicklers Rainer Bahr in einige Ferne gerückt, der vor einem Jahr die Wohnanlage erwarb, um nach Abriss von 20 Wohnungen einen Neubau entlang der Straßburger Straße zu errichten. Eine Welle des Protests erfasste die Bewohner. Im Sommer 2010 hatte das Bezirksamt das Vorhaben zunächst mit der Einleitung eines B-Planverfahrens blockiert, das allerdings grundsätzlich eine Bebauung ermöglichte. Eine Erhaltungsverordnung würde den Status quo erhalten. Bahr will nun ein Gegengutachten in Auftrag geben und geht auch rechtlich gegen das Bezirksamt vor. Im März wird eine erste Entscheidung des Verwaltungsgerichts erwartet.

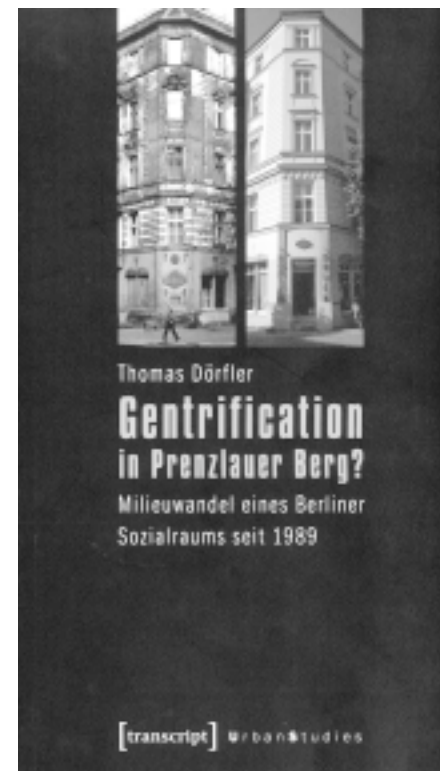
Wegzug aus Milieugründen

Weiche Faktoren mit hohem Verdrängungspotenzial Von Hartmut Seefeld

Für einen Nicht-Berliner ist das wahrscheinlich eine ganz ordentliche Leistung. Bei diversen Besuchen zwischen 2002 und 2005 in seinem Forschungsbiotop Prenzlauer Berg hat der Soziologe Thomas Dörfler tatsächlich noch einige Alteingesessene ausfindig gemacht, sie nach streng wissenschaftlichen Kriterien interviewt und ihre auf den ersten Blick eher wenig wissenschaftliche Antworten begeistert in einen ansonsten stark von Soziologenlatein geprägten Text eingebettet, den er 2007 unter dem Titel »Milieu- und sozialräumlicher Wandel in Berlin/Prenzlauer Berg« an der Universität Bayreuth als Dissertation einreichte. Das tat er erfolgreich, denn seit 2009 ist Dr. Dörfler wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie in Göttingen. Und im vergangenen Jahr ist es ihm gelungen, seine Doktorarbeit im Bielefelder Fachbuchverlag »transcript« als Buch unter dem Aufmerksamkeit heischenden Titel »Gentrification in Prenzlauer Berg?« zu veröffentlichen.

Bei Dörflers Werk wirft schon der Titel die erste Frage auf. Es ist unter Stadtforschern weitgehend Konsens, dass sich in Prenzlauer Berg in den vergangenen 20 Jahren ein außerordentlicher Milieuwandel vollzogen hat, nicht zuletzt initiiert durch die bauliche Aufwertung der Gründerzeitquartiere. Streit gibt es allerdings darüber, ob nun dieser Milieuwandel auf einem Szenario beruht, bei dem der überwiegende Teil des »alten Milieus« den angestammten Lebensraum gegen seinen Willen aufgab. Denn nur dann wäre dieser Wandel auch als Gentrification klassifizierbar. Doch Dörfler vermag in seiner Dissertation keine eindeutige Position in dieser Frage zu beziehen. Zwar beschreibt er, auch mit Liebe zum Detail, den Bewohner- und Wertewandel, den Wechsel der Kultur und die Ohnmacht der Verbliebenen, doch zu einem klaren Urteil über Gentrification in Prenzlauer Berg

reicht es nicht. Lässt man aber diese konkrete Frage außen vor, offenbart sich jedoch ein sehr interessanter Debattenbeitrag. Laut Dörfler funktioniert Verdrängung nämlich nicht nur auf der harten wirtschaftlichen (Mieterhöhungen) oder physischen (umfangreiche Bauarbeiten, Schika-



Thomas Dörfler: »Gentrification in Prenzlauer Berg?«; transcript-Verlag Bielefeld; 2010; 32,80 EUR, ISBN 978-3-8376-1295-0

nen) Ebene, sondern auch auf der weichen »symbolischen«. Man fühlt sich plötzlich nicht mehr wohl in seinem Kiez, veränderte Nachbarn, Läden, Restaurants und Kulturangebote erzeugen einen neuen, sehr fremden Stadtraum. Allein die alte Adresse stimmt noch. Und so sei ein Wegzug oft der einzige Ausweg. Wenn man so will, gezwungenermaßen freiwillig. Ist das Gentrification? Dörfler zumindest geht so weit und sagt, dass Verdrängung vorrangig aus dieser Perspektive erfolgt.

Im Wandel der Zeiten

Aus der Geschichte des ehemaligen Rathauses Weißensee Von Albrecht Molle

In Weißensee können nur wenige Bauten auf eine so wechselvolle Geschichte verweisen wie der imposante Gebäudekomplex aus rotem Ziegelmauerwerk an der Kreuzung Berliner Allee/ Liebermannstraße, der von 1990 bis zur Bezirksfusion Anfang 2001 Sitz des Bezirksamts und Tagungsstätte der Bezirksverordnetenversammlung war. Die Vielzahl der Nutzungsänderungen, die die beiden Flügeltrakte und der sie verbindende siebengeschossige Eckbau in ihrer nur siebenzigjährigen Geschichte erfahren haben, ist rekordverdächtig.

Errichtet wurde das L-förmige Ensemble zwischen 1939 und 1941 auf einem ehemaligen Laubengelände als Fabrikanlage mit direkter Anbindung an die Industriebahn, die Tegel mit Friedrichsfelde verband und auch durch das Weißenseer Industrieviertel führte. Bauherr war der Unternehmer Carl Otto Raspe, auf den zu jener Zeit bereits mehrere Firmengründungen in Weißensee zurückgingen. 1931 hatte er auch das angrenzende Gelände der Riebewerke an der Liebermannstraße (damals Franz-Joseph-Straße) übernommen, wo schon im 1. Weltkrieg Zünder für Artilleriegranaten hergestellt worden waren. In dem Neubau produzierte Raspes Apparatefabrik nun Tür an Tür mit einem Zweigbetrieb des Großunternehmens Askania feinmechanische Geräte für Hitlers Luftwaffe und Marine. Da die Anlage im Unterschied zu anderen Teilen des Weißenseer Industriegebiets von Bombenangriffen verschont blieb, kam die Rüstungsproduktion an diesem Standort erst mit dem Einmarsch der Roten Armee zum Erliegen.

Das Eckgebäude an der Berliner Allee wurde im Herbst 1945 Rathaus des Stadtbezirks Weißensee, allerdings nur für kurze Zeit. Denn schon im Juli 1946 ordnete die Sowjetische Militäradministration an, es der Zentralverwaltung der in der sowjetischen Besatzungszone gebildeten

sowjetischen Aktiengesellschaften zu überlassen. Deren Auflösung erfolgte erst Ende 1953 nach Abschluss des Staatsvertrages zwischen der DDR und der UdSSR, der auch den Abbau des sowjetischen Verwaltungsapparates vorsah. Doch anstatt den Gebäudekomplex nun erneut als



©Museumsverbund Pankow

Das Gebäude des ehemaligen Rathauses Weißensee hat sich seit seiner Fertigstellung vor 70 Jahren kaum verändert.

Rathaus zu nutzen, wurde er dem Ministerium für Staatssicherheit übergeben, das dort seine Hauptabteilung Personen- und Objektschutz etablierte. Die war dann auch für den Geleitschutz jener Mitglieder der Partei- und Staatsführung zuständig, die ab 1960 in der »Waldsiedlung« bei Wandlitz wohnten. Sie wurden mit aufwändiger Eskorte auf der »Protokollstrecke« über die Berliner Allee chauffiert, die 1953 nach dem verstorbenen tschechoslowakischen KP-Führer und Staatspräsidenten in Klement-Gottwald-Allee umbenannt worden war. Als sich am 23. Januar 1990 Mitglieder des Runden Tisches Weißensee erstmals Zutritt zu dem Stasigelände verschafften, stießen sie auf ein Waffenarsenal, das neben

Panzerfäusten und Schnellfeuergewehren auch Handgranaten einschloss, die in einem Bunker im Innenhof gelagert waren. Auf dem Gelände erinnert an dieses brisante Kapitel noch immer ein Wachturm der Stasi.

Am 31. Mai 1990 konstituierte sich im Kinosaal im 3. Geschoss des Turmbaus die aus den ersten freien Wahlen hervorgegangene BVV Weißensee. Danach hielt das Bezirksamt Weißensee Einzug. Am 2. November 1990 wurde das Gebäude als Rathaus eingeweiht. Mitte der 1990er Jahre

wurde das Gelände als ehemaliges Stasi-Objekt in Bundeseigentum überführt. Im Zuge der Bezirksreform Anfang 2001 verlor der denkmalgeschützte Gebäudekomplex seinen Rathausstatus endgültig. Im Eckgebäude sind jedoch noch das Jugendamt des Bezirksamts Pankow sowie im vorderen Drittel des ehemaligen Produktionstraktes an der Liebermannstraße das Bürgeramt Weißensee untergebracht. Der überwiegende Teil dieses langgestreckten Gebäudes und angrenzende Hofflächen befinden sich inzwischen im Eigentum der Kunst-Medien-Handwerk GmbH und firmieren als »Atelierhof Weißensee«. In einem weiteren Hofgebäude befindet sich das Bauaktenarchiv des Bezirks.

Esprit statt Sprit

Unweit vom Helmholtzplatz entstehen 43 Mietwohnungen **Von Hartmut Seefeld**

Eigentlich, so findet der Projektentwickler Rainer Bahr, passe die Stargarder Straße gar nicht so recht in sein Schema. Zu stark befahren sei sie, zu unruhig. Auch nachdem der Bezirk dort Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit festgelegt und die Hauptstraßenregelung aufgehoben hat, bleibt sie eine intensiv genutzte Verbindung zwischen der Schönhauser und der Prenzlauer Allee. Gekauft hat Bahr das 2.021 m² große Grundstück Stargarder Straße 35 dann im Frühjahr 2008 trotzdem. Es gibt schließlich in der Gegend nicht mehr allzu viele Grundstücke mit Baupotenzial. Und der Preis hat gestimmt.

Wohnhäuser haben auf dem Areal noch nie gestanden. Vor etwa hundert Jahren gab es hier zunächst einen Pferdehof für Fuhrwerke, mit dem Siegeszug des Automobils wechselte die Nutzung hin zu Garagen und einer Tankstelle. Daran hatte sich bis in die Gegenwart nichts mehr geändert. Als der Senat 1993 das Quartier rund um den Helmholtzplatz als Sanierungsgebiet auswies, wurde im Rahmenplan für das Grundstück Wohnungsneubau festgelegt. Die Tanke, das war Konsens, sollte raus aus dem Wohngebiet. Doch der langjährige Grundstückseigentümer scherte sich darum nur wenig. Obwohl ringsum der bauliche und soziale Wandel unübersehbar war, blieb das archaische Ensemble dank Bestandsschutz erhalten. Erst eine wirtschaftliche Schieflage des Besitzers, Bahr hatte das Grundstück aus der Zwangsverwaltung heraus gekauft, läutete den Wechsel ein.

Seit Herbst vergangenen Jahres sind nun Bagger auf dem Grundstück zugange. Garagen und Tankstelle sind bereits abgerissen. Derzeit werden die Tanks mit einem Fassungsvermögen von insgesamt 55.000 Litern geborgen und verschrottet. Der kontaminierte Boden wird entsorgt. »Die Kosten für die Altlastensanierung konnten wir beim Kaufpreis in Abzug bringen«, bestätigt Bahr. Ohne

deren Berücksichtigung hatte das Grundstück einen Verkehrswert von 906.000 EUR.

Mitte März wird mit dem Aushub der Baugrube für den Neubaukomplex begonnen. An der Straßenfront erfolgt erstmalig eine Schließung des Blockrandes. Ein kompletter Seitenflügel entsteht am Giebel des linken Nachbargebäudes. Auch an den Giebelwänden des rechten Nachbarn wird ein Neubau hochgezogen, wie auch an der

auch für das KolléBelle verantwortlich zeichnet, hat für das Vorhaben an der Stargarder Straße einen modernen Entwurf erarbeitet. Geschwungene Linien sollen dem Gebäude speziellen Esprit geben und kleine Anleihen bei ostasiatischer Architektur für eine gewisse Entspanntheit beim Wohnen sorgen. Das ist auch nötig, denn die sehr kompakte Bebauung orientiert sich vor allem an der Mietskasernenwirklichkeit der unmittelbaren Umgebung. Auf fünf Etagen plus Dachgeschoss entstehen immerhin 5.570 m² umbaute Nutzfläche. Unter dem Gebäude wird eine Tiefgarage mit 33 Stellplätzen gebaut. Außerdem sind sieben Gewerbeeinheiten geplant, sechs von ihnen als Geschäftslokale direkt an der Straße.



©econcept/Marc Kocher

Die künftige Straßenfront an der Stargarder Straße 35 im Sanierungsgebiet Helmholtzplatz.

Nordseite des Grundstücks. Öffnungen in diesem Karree, das nach Fertigstellung im Sommer 2012 einen begrünten Hof umschließen soll, wird es gen Süden zum Spielplatz in der Hiddenseer Straße und zum Hof des rechten Nachbarn geben. Insgesamt werden 43 Mietwohnungen gebaut, im vorderen Teil 3-4-Raum-Wohnungen, im hinteren Teil vor allem 1-2-Raum-Wohnungen. Dabei wird mit einer durchschnittlichen Nettokaltmiete von 10 EUR/m² kalkuliert. Der Schweizer Architekt Marc Kocher, der

Der Investor, für den Bahr mit seiner Firma econcept das Projekt entwickelt, ist eine vermögende Privatperson aus dem Südwesten Deutschlands. Sein erstes Berliner Engagement lässt er sich 12 bis 15 Millionen EUR kosten. Bahr betont, dass diese Investition langfristig angelegt sei und keinen spekulativen Hintergrund habe. Doch zunächst gilt es, an der Stargarder Straße Erfolg zu haben. Seit dort gebaut wird, meldet sich jede Menge potenzielle Kundschaft – allerdings als Kaufinteressent.

Alles oder nichts

Streit um Erweiterung des Mauerparks ist eskaliert **Von Hartmut Seefeld**

Das Geschäft, das Mittes Stadtrat für Stadtentwicklung, Ephraim Gothe, im Frühjahr 2010 mit der Vivico real estate GmbH als Eigentümerin jener Grundstücke verabredete, die westlich an den Mauerpark angrenzen, erscheint zunächst sehr übersichtlich. Für die unentgeltliche Bereitstellung von 5,8 Hektar Brachland zur Erweiterung des Mauerparks auf Weddinger Seite will das Bezirksamt Mitte faktisch im Gegenzug ein Baurecht für kompakten Wohnungsbau nordwestlich des Gleimtunnels sowie für einen in erster Linie kommerziell genutzten Gebäudekomplex auf einem Grundstück an der Ecke Bernauer Straße/Wolliner Straße erteilen. Am 11. Mai hatte dann das Bezirksamt Mitte nach einem von SPD und Grünen getragenen BVV-Beschluss ein entsprechendes Bebauungsplanverfahren eingeleitet. »Im Sommer 2011 könnte es Planungsrecht für die Erweiterung des Mauerparks geben«, hoffte Gothe damals. Das Signal wurde wohlwollend auch in München vernommen. Dort hat die 1990 gegründete Allianz Umweltstiftung ihren Sitz, die vor über 18 Jahren den Bau des Mauerparks mit umgerechnet 2,3 Millionen EUR unterstützte. Es war das erste Förderobjekt der Stiftung, man wollte vor allem ein Zeichen für das Zusammenwachsen der einst geteilten Stadt setzen und formulierte angesichts der Situation vor Ort, wo zunächst nur in Prenzlauer Berg der Park angelegt werden konnte, die Bedingung, dass der Mauerpark spätestens bis 2010 mehr als zehn Hektar groß sein muss. Gelingt das nicht, muss die komplette Fördersumme zurück überwiesen werden. Seitdem ist viel Zeit ins Land gegangen, der Mauerpark ist zu einem der außergewöhnlichsten Refugien Berlins geworden, doch die Ausdehnung gen Westen ist bis heute gleich Null. Es wäre als so nur recht und billig, wenn die Stiftung ihr Geld zurückfordert. Doch angesichts des Deals zwischen Gothe und der Vivico

scheint man auch dort auf die Vollendung des Parks zu setzen. Am 1. Februar erging in Bayerns Hauptstadt der Kuratoriumsbeschluss, »zum jetzigen Zeitpunkt auf eine Rückforderung der bisher für den Mauerpark zur Verfügung gestellten Fördergelder zu verzichten«.

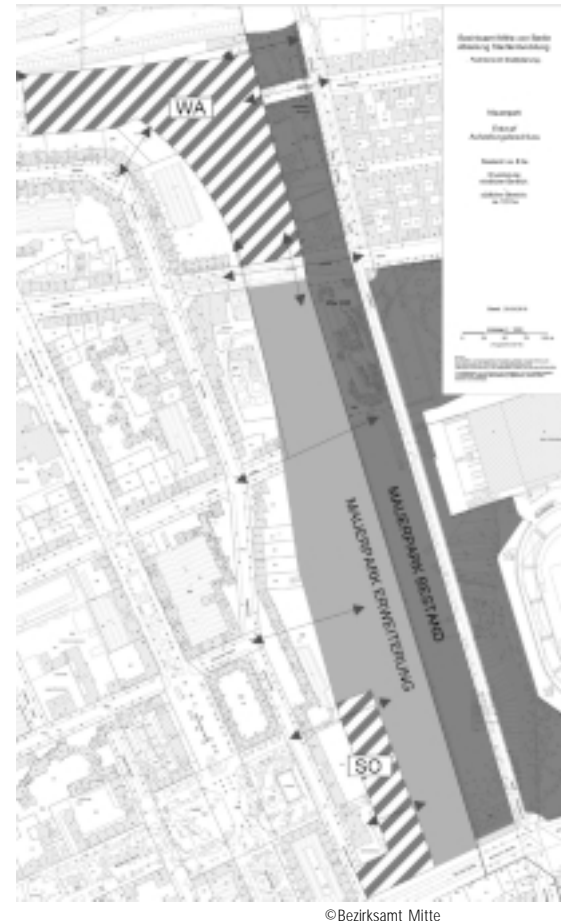
Umstrittene Bürgerwerkstatt

Das war aber schon die einzige gute Nachricht. Parallel zum Bebauungsplanverfahren wurde eine Bürgerwerkstatt organisiert, die im Auftrag von Gothes Verwaltung durch den Landschaftsarchitekten Martin Seebauer moderiert wurde und in der Vertreter von Bürger- und Anwohnerinitiativen aus Wedding und Prenzlauer Berg die Details der Gestaltung der 5,8 Hektar großen Zusatzfläche diskutieren und beschließen sollten. Allein das Gremium zerlegte sich ob der unterschiedlichen Interessen der Teilnehmer. Statt nun darüber zu verhandeln, ob die Kneipe Mauersegler erhalten bleibt, wo Bäume gepflanzt werden und wo eine befestigte Fläche für den Flohmarkt angelegt werden kann, rieben sich die Beteiligten lustvoll am Gotheschens Grundkompromiss Erweiterungsfläche gegen Baurecht.

Städtebaulicher Wettbewerb

Auf wenig Akzeptanz stieß da natürlich auch der im November vergangenen Jahres von der Vivico initiierte städtebauliche Wettbewerb, der ausgehend von den im Bebauungsplan vorgegebenen Prämissen, Varianten der Bebauung auf den an den Mauerpark angrenzenden Flächen ausloten soll und für den acht Architekturbüros eingeladen wurden. Eine Jury soll den besten Entwurf prämiieren. Irritierenderweise waren auch vier Teilnehmer aus der Bürgerwerkstatt mit beratender Stimme in der Wettbewerbsjury vertreten. Akteure also, die in der Regel jeglicher

Bebauung der Randflächen ablehnend gegenüberstehen, sollten mit darüber reden, wie diese Bebauung ausgestaltet wird. Noch irritierender war, dass sich zunächst auch Vertreter fanden, in dieser Jury mitzumachen. Es war der Versuch zur Quadratur des Kreises, in dessen Ergebnis sich die Bürgerbeteiligung völlig desavouiert hat. Längst haben etliche Bürgervertreter aus Jury und Bürgerwerkstatt das Weite gesucht. Trotzdem laufen



Die Planung für den Mauerpark und seine Umgebung.

die Verfahren nun einfach weiter, wobei ohnehin nie ganz klar war, welche Vereine wessen Bürgerinteressen vertreten haben. Und während Pankows Stadtrat für Stadtentwicklung, Michail Nelken, im Privaten Gleimviertel-Anwohner, als solcher fordert: »Es ist an der Zeit, zum eigentlichen Ziel zurück zu finden: Bauen wollen die anderen – wir wollen Park«, bezieht sein Amtskollege Gothe die gegenteilige Position: »Mehr Park gibt's nur mit angrenzender Bebauung«.

Gescheiterte Gespräche

Der Verkauf des Stadtbads Oderberger Straße im Sanierungsgebiet Teutoburger Platz durch die Stiftung Denkmalschutz an einen deutsch-amerikanischen Investor ist gescheitert. Der Deal stieß sowohl beim landeseigenen Liegenschaftsfonds, in dessen Portfolio sich das Bad einst befand und der noch immer ein Mit-

vergangenen Jahres erste Verhandlungen führte, ehe sie sich schließlich für den deutsch-amerikanische Anbieter entschied.

Die Privatschule, die in der Kastanienallee 82 erfolgreich einen großen Schulcampus betreibt, will das Stadtbad komplett sanieren, allerdings auch ein öffentliches Schwimmbad einrichten und es ansonsten als Unterkunft für auswärtige Schüler und Studenten herichten. Das Konzept der GLS

sten. Der 1.740 m² großen Fläche im Sanierungsgebiet Teutoburger Platz, die ein Begegnungsort DDR-Oppositioneller war, komme zwar geschichtliche Relevanz zu, nach dem Denkmalschutzgesetz besitze sie jedoch keine künstlerische Bedeutung im Sinne eines Gartendenkmals, heißt es in dem Bescheid. Im Sommer 2010 hatten einige Wohnungseigentümer vor dem Verwaltungsgericht dagegen geklagt, dass Teilflächen der Grundstücke Kastanienallee 10 und 11, die damals in die Gestaltung des »Hirschhofs« einbezogen worden waren, vom Bezirk nach wie vor als Bestandteile einer gewidmeten Grünanlage angesehen werden. Ein im März 2009 vom Bezirksamt aufgestellter Bebauungsplan sieht neben dem Erhalt des »Hirschhofs« auch die Erweiterung dieser Nutzungen auf dem angrenzenden landeseigenen Grundstück Oderberger Straße 19 vor.

Konzerte und Partys unter dem bekannten Label wieder eine konkrete Adresse. Während Spors als Kulturmanager ausschließlich für den Veranstaltungsbetrieb zuständig ist, hat die langjährige Mitarbeiterin Jana Großkopf die Geschäftsführung übernommen.

Die neue Heimat des Garbáty hat bereits eine bewegte Vergangenheit. Im Februar 2005 überfielen drei Maskierte dort das Pub »Green Island«. Sie zerstörten brachial das Mobiliar und sprühten Hakenkreuze an die Wände. Das Lokal wurde damals von der Ehefrau des einstigen CDU-Abgeordneten René Stadtkewitz geführt, der heute Vorsitzender der islamfeindlichen Partei »Die Freiheit« ist.



©Alexej Brykowski

Weiterhin dunkle Wolken über dem Stadtbad Oderberger Straße.

bestimmungsrecht bei einem Weiterverkauf hat, auf Ablehnung, als auch beim Senat und beim Bezirk Pankow. Sie lehnen das Konzept des vorgesehenen Investors ab, für über 20 Millionen EUR ein Wellness-Hotel mit entsprechendem Interieur einzurichten. Bezirk und Senat halten weiterhin am alten Sanierungsziel fest, hier eine öffentliche Schwimmbadnutzung zu ermöglichen. Damit haben die Pläne der GLS-Sprachenschule wieder eine Chance. Diese war eine von drei Interessenten, mit denen die Stiftung im Frühjahr

findet breite Unterstützung in der Pankower BVV.

Abgelehnter Antrag

Das Landesdenkmalamt Berlin hat den Antrag des Bezirksamts Pankow abgelehnt, den in den 1980er Jahren als Nachbarschaftstreff gestalteten »Hirschhof« im rückwärtigen Bereich der Grundstücke Kastanienallee 10–12 in die Liste denkmalgeschützter Anlagen aufzunehmen und damit seine dauerhafte öffentliche Zugänglichkeit zu gewährlei-

Ständiger Standort

Nach zwei Jahren im Exil hat die legendäre Rockkneipe »Café Garbáty« wieder ein festes Quartier in Pankow. »Zum Jahreswechsel wurde ein langfristiger Mietvertrag für Räume in der Mühlenstraße 30 geschlossen«, erklärt der Begründer des Musikcafés, Wolfgang Spors. Nach wirtschaftlichen Problemen und juristischen Auseinandersetzungen mit dem Bezirksamt musste er Anfang 2009 seine Restauration in der Breite Straße 43 aufgeben. Der Bezirk hatte zuvor das Haus per Erbpachtvertrag an die Tanzkompanie Dock 11 aus Prenzlauer Berg übertragen, was zu wütenden Protesten in Pankow führte. Nun haben die populären Sessions,

Kaputter Kanal

Ab Frühjahr 2012 wird in der Malmöer Straße in Prenzlauer Berg durch die Berliner Wasserbetriebe der 100 Jahre alte Mischwasserkanal erneuert. Dazu wird in Abschnitten die Straße auf einer Länge von 430 Metern aufgegraben. Die Bauzeit wird mit einem Jahr prognostiziert. Angesichts wachsender Beanspruchung werden die 360er Rohre gegen 600er Rohre ausgetauscht. Der Auftakt der Arbeiten soll im Bereich der Kreuzung Schivelbeiner Straße erfolgen. Insgesamt werden die Wasserbetriebe hier 1,4 Millionen EUR investieren. Wie der Stadtrat für Öffentliche Ordnung, Jens-Holger Kirchner mitteilte, werden davon 280.000 EUR im Rahmen des Straßenausbaubeitragsgesetzes auf die Anlieger umgelegt. Betroffen sind insgesamt 183 Eigentümer auf 27 Grundstücken. Mieter sind von diesen Zahlungen nicht betroffen.

Mieterberatung Prenzlauer Berg

Lettestraße 5, 10437 Berlin

☎ 44 33 810

Dienstag 14 bis 19 Uhr, Anwalt ab 17 Uhr

Donnerstag 10 bis 12 Uhr, 14 bis 19 Uhr
mit Anwalt ab 16.30 Uhr

Mieter Gebiet Humannplatz:
Donnerstag 10 bis 12 Uhr

Mieter Gebiet Grellstraße/Ostseestraße:
Mittwoch 14 bis 16 Uhr (mit Anwalt)

Templiner Straße 17

Montag 15 bis 16.30 Uhr (mit Anwalt)

Käthe-Niederkirchner-Straße 12

Montag 17 bis 19 Uhr (mit Anwalt)

Gleimstraße 49/Eing. Kopenhagener Straße
Mittwoch 16.30 bis 19 Uhr (mit Anwalt)

Mieterberatung Pankow – FSW

Florastraße 72, 13187 Berlin

☎ 48 55 308

Dienstag 10 bis 12 Uhr, 13 bis 18 Uhr
ab 16 Uhr mit Anwalt

Mittwoch 9 bis 13 Uhr

Donnerstag 10 bis 12 Uhr, 14 bis 19 Uhr.

Mieterberatung Weißensee – SPAS

Gürtelstraße 12, 13088 Berlin

☎ 91 20 58 13

Montag 15 bis 18 Uhr

Dienstag 10 bis 13 Uhr, 17 bis 20 Uhr
mit Anwalt von 17 bis 20 Uhr

Mittwoch 10 bis 13 Uhr, 15 bis 18 Uhr

Büro für Stadterneuerung

Sanierungsbeauftragter für Pankow

Alt-Moabit 73, 10555 Berlin

☎ 85 75 77 10

S.T.E.R.N.

Sanierungsbeauftragte für Prenzlauer Berg

Schwedter Straße 263, 10119 Berlin

☎ 44 36 36 30

Betroffenen- vertretungen

Sanierungsgebiet Helmholtzplatz

Dunckerstraße 14

Mieterberatung Dienstag 18 Uhr,

ab 19 Uhr BV-Treffen

Sanierungsgebiet Teutoburger Platz

Templiner Straße 17

Mittwochs 18 bis 20 Uhr BV-Treffen

Sanierungsgebiet Bötzowstraße

Käthe-Niederkirchner-Straße 12

☎ 4 25 11 00

1. und 3. Montag 19.30 Uhr BV-Treffen

Mietrechtsberatung mit Anwalt:

jeden 1. und 3. Dienstag 18 bis 19 Uhr

Sanierungsgebiet Wollankstraße

Kontakt:

Claus Bachmann: ☎ 43 72 47 25

Volker Klett: ☎ 48 63 74 01

Bezirksamt Pankow

Sanierungsverwaltungsstelle

Storkower Straße 97, 10407 Berlin

☎ 90 295 35 68 (Prenzlauer Berg)

☎ 90 295 35 81 (Pankow)



©Hartmut Seefeld

Dieses Fassadengemälde an einer Brandwand neben der Heinrich-Roller-Grundschule im Sanierungsgebiet Winsstraße hat seine Wiederentstehung einem breiten Bündnis unterschiedlicher Akteure zu verdanken. Als das Vorgängerbild im Rahmen umfangreicher Sanierungsarbeiten auf dem Grundstück Heinrich-Roller-Straße 17 durch die Anbringung von Wärmedämmplatten unwiederbringlich verschwand, stieß das auf Protest vor allem der Schülerinnen und Schüler. Dem Förderverein der Schule gelang es, den Bauherrn von der Duldung eines neuen Bildes zu überzeugen, die Sanierungsverwaltung im Bezirk für die Übernahme eines Teils der Kosten, dann auch selbst Geld aufzubringen sowie die Graco-Agentur in der Marienburg als künstlerischen Sponsor zu gewinnen. Seit Ende 2010 erscheint das Bild wieder in voller Pracht.

Impressum

Vor Ort wird herausgegeben von der Mieterberatung Prenzlauer Berg, Gesellschaft für Sozialplanung mbH Redaktion und V.i.S.d.P.

Hartmut Seefeld, ☎ 90 295 62 28

e-mail seefeld@vorort-redaktion.de

Albrecht Molle, ☎ 90 295 62 29

Fax 90 295 62 30; Fröbelstraße 17, 10405 Berlin

Gestaltung Hartmut Seefeld

Titelfoto Alexej Brykowski

Vertrieb Agentur Meinicke

Druck MediaService GmbH

Redaktionsschluss: 25. Februar 2011

Karambolagen



©Alexej Brykowski